



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/150 - 3. Juli 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 884 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Wettstreit der Selbstvernichtung	S. 1
Lebt der McCarthyismus wieder auf? - Bericht aus New York-	S. 4
Eine Entgleisung der 'Neuen Zürcher Zeitung'	S. 6
Zum Tode von Richard Berowski	S. 8

Schluß mit den Atomwaffenversuchen!

Von Professor Dr. K. Bechert - Universität Mainz

Der Herr Bundesminister des Innern hat am vergangenen Mittwoch in der Fragestunde des Bundestages gesagt, bisher seien Gesundheitsgefahren durch radioaktive Verseuchung der Luft in der Bundesrepublik nicht festgestellt worden. Das ist nicht richtig: Es ist wissenschaftlich nachgewiesen, dass in der Zeit von Mitte März bis Mitte Juni 1954 in Südwestdeutschland mindestens 25 Prozent mehr Regen gefallen ist, der mehr an Radioaktivität enthielt, als für den Menschen bei Trinkwasser noch für ungefährlich gilt. Die Aktivität war häufig zwei- bis viermal stärker, in einigen Fällen über zehnmal! Es gibt Gegenden in Südwestdeutschland, wo Regenwasser als Trinkwasser verwandt wird.

Ähnliche Feststellungen über radioaktive Niederschläge sind schon 1953 gemacht worden. Übrigens kann in Regen, Schnee oder Tau mehr an Radioaktivität und daher mehr an Gefahr enthalten sein, als in der Luft. Man darf sich also nicht damit begnügen, nur die Radioaktivität der Luft zu messen, wie das häufig geschieht. Nebenbei gesagt, hat der Bundesrechnungshof die Zahl der Wissenschaftler in den Forschungsabteilungen des deutschen Wetterdienstes erheblich herabgesetzt und dies, obwohl der Bundestag dem deutschen Wetterdienst die Überwachung der radioaktiven Verseuchung der Luft zur Pflicht gemacht hat.

Schon ein Tausendstel der Radioaktivität, die durch Einatmen -2-

gefährlich würde, erzeugt eine Verseuchung der Wiesen, die Weiden der Kühe und ihrer Milch, die hinreichen würde, milchtrinkende Kleinkinder gesundheitlich zu schädigen. In den Monaten November 1955 bis März 1956 ist in Süddeutschland zwölfmal radioaktiver Niederschlag gefallen, dessen Aktivität nahe an dieser Schädigungsgrenze lag. Glücklicherweise gab es in diesen Monaten kein Gras, es war Winter.

Verstärkte Radioaktivität durch Atombombenexplosionen

Es ist heute üblich, diese Gefahren als gering oder nicht vorhanden darzustellen. Wahr ist aber, dass jede Atombomben-Explosion radioaktive Stoffe in feinstem Staubform bis in hohe atmosphärische Schichten trägt und dass dieser Staub im Laufe der Jahre, die auf die Explosion folgen, wieder zur Erde zurückfällt. In Niederschlägen können grössere Mengen solcher Radioaktivität herunterkommen. In dieser Aktivität sind Stoffe enthalten, welche von Pflanzen, Tier und Mensch ohne weiteres aufgenommen und in lebenswichtigen Organen lange gespeichert werden. Der gefährlichste dieser Stoffe ist radioaktives Strontium. Es wird vom menschlichen Körper im Knochenmark gespeichert, wo es jahrelang seine schleichende Wirkung ausüben und das System der Blutbildung völlig zerstören kann, wenn es in hinreichender Menge in den Körper gelangt ist.

Vor Kurzem ist auf einer wissenschaftlichen Tagung bekanntgegeben worden, dass in Knochen von Schafen, die offenbar verseuchtes Gras gefressen hatten, bereits 40 Prozent der ohne Schädigung gerade noch zulässigen Höchstmenge von Strontium enthalten war. Jede weitere Atombombenexplosion erhöht die Menge radioaktiven Strontiums und damit die Gefahr. Das haben jetzt Mitte Juni dieses Jahres der englische Forschungsrat für Medizin und die Akademie der Wissenschaften in Washington ebenfalls öffentlich erklärt. Unabhängig von dieser Überall auf der Erde im Ganzen zunehmenden Verseuchung kann durch Niederschläge an einzelnen Orten erhöhte Radioaktivität auftreten, wie es jetzt in Japan geschah und bei uns und in anderen Ländern in den letzten Jahren wiederholt vorgekommen ist. Schon führt auch England Atombombenversuche durch und Frankreich hat sich als neuer Teilnehmer an diesem wahnwitzigen Wettstreit der Selbstvernichtung angekündigt.

Die Niederschläge bringen das Strontium auch in den Boden; es ist nachgewiesen, dass Strontium dort hauptsächlich in der obersten Bodenschicht bleibt und durch Regenwasser oder Begiessen nicht

entfernt werden kann. Es wäre eine Regenmenge nötig, wie sie in 400 Jahren fällt, um auch nur die Hälfte des radioaktiven Strontium aus der obersten Bodenschicht herauszuwaschen!

Dauernde Erbschäden

Dazu kommt, dass die Dauerbestrahlung mit Radioaktivität von oben die Zahl der Erbschäden in der Menschheit dauernd verkehrt. Auf die Warnungen vor dieser Gefahr der Radioaktivität aus Atomwaffenversuchen hat man beruhigend gesagt, bisher seien ja noch fast nie aus dieser Bestrahlung Schäden entstanden. Abgesehen davon, dass die Japaner darüber anderes zu sagen hätten, ist folgendes erwiesen:

1. Kann durch die langjährige Strahlenwirkung, wie sie zum Beispiel radioaktives Strontium im Knochenmark hat, Krebs entstehen - wie gesagt, nach Jahren!
2. Verringert jede noch so geringe Ganzkörperbestrahlung bei Mäusen die Lebenszeit - und das gilt aller Wahrscheinlichkeit nach auch für den Menschen.
3. Sind alle Erbforscher auf Grund wissenschaftlicher Ergebnisse der Meinung, dass schon geringste Strahlungsmengen Erbschäden erzeugen können.
4. Werden die heute durch die Bestrahlung erhöhten Erbschädigungen nach wissenschaftlich begründeter Ansicht führender amerikanischer Atomforscher erst in Jahrhunderten in unseren Nachkommenlinien zum Vorschein kommen.
5. Treten deutlich sichtbare Schäden nur dann schon kurz nach der Bestrahlung auf, wenn viel höhere Strahlungsmengen herunterkommen, als gegenwärtig bei uns. So ist es den japanischen Fischern ergangen, die 1954 in den radioaktiven Staubfall einer Wasserstoffwaffenexplosion bei Bikini gerieten, 150 km vom Explosionsherd entfernt.

Wirksame Kontrolle möglich

Darum Schluss mit den Atomwaffenversuchen! Bisher stand Vereinbarung auf dem Gebiet der Atomwaffen immer das Misstrauen entgegen, dass die Gegenseite sich vielleicht nicht an die Vereinbarungen halten werde. Dieses Misstrauen kann nicht als Grund gelten gegen eine Vereinbarung, mit den Atomwaffenversuchen überall auf der Erde aufzuhören. Denn wenn die Grossmächte sich darauf geeinigt haben, die Atomwaffenversuche einzustellen, dann kann durch Messung der Radioaktivität überall auf der Erde nachgeprüft werden, ob diese Vereinbarung eingehalten wird. Man

kann durch Messungen sogar feststellen, wenn Atomwaffenversuche stattgefunden haben und auch ungefähr angeben, wo. Eine Vereinbarung, die Atomwaffenversuche einzustellen, wäre die erste und alle Teile bindende Vereinbarung auf dem Gebiet der Atomwaffen. Sie könnte der erste Schritt zum Frieden sein. Wenn die Völker der Erde eine solche Vereinbarung von ihren Regierungen verlangen, warum sollte sie dann nicht zustandekommen?

* * *

Neuinszenierung der Hexenjagd

O. L. New York, Anfang Juli

Die Hexenjagd ist wieder auf dem Spielplan des Kapitols, und der Dramatiker, der "Hexenjagd" schrieb, ist von der Rolle des Autors in die des Hauptdarstellers gedrängt worden. Arthur Miller, neben Tennessee Williams der zweifellos bedeutendste Bühnenschriftsteller des gegenwärtigen Amerika, wird von einem Kongress-Komitee verhört, wie seine Beziehungen zu den Kommunisten gewesen seien, welche kommunistischen Frontorganisationen er vor etwa acht bis zehn Jahren unterstützt oder sonst gefördert habe und, vor allem, won er in diesen Organisationen gesehen habe? Es ist diese letzte Frage, gegen die Miller sich wehrt und deren Nicht-Beantwortung ihm unter Umständen eine Kerkerstrafe bis zu einem Jahr zuziehen kann.

Mit welcher rechtlichen Begründung zerrt ein Kongress-Komitee einen privaten Bürger, der keine Staatsanstellung wünscht, nie eine hatte und auch sonst seine Gesinnungen - oder politischen Irrtümer - nicht zum Gegenstand öffentlicher Erörterungen machte, vor seine Schranken? Warum wird von ihm verlangt, er solle andere denunzieren, wenn er nicht selbst wegen "Contempt", Ungehorsam gegen den Kongress, vor Gericht gestellt werden will? Man muss sich die Erklärung dafür von der Nebentür holen, dem Ausenministerium, das Arthur Miller um Ausstellung eines Passes ansuchte. Einmal wurde ihm bereits einer verweigert als er zur Premiere der "Hexenjagd" nach Belgien reisen wollte. Diesmal hat er die Bewilligung zu einer Reise mit der bekannten "subversiven" * Marilyn Monroe verlangt. Ob er den Pass zu seiner Hochzeitsreise erhalten wird, ist noch nicht bekannt. Miller konnte eine eidesstattliche Erklärung abgeben, dass er niemals kommunistisches Parteimitglied war. Fragt sich, ob die amerikanische Diplomatie der Meinung sein wird, dass Millers Reise mit Marilyn nach London die weltpolitischen - 5 - (das heisst praktisch, kommunistischer Gesinnung verdächtigen)

Interessen Amerikas schädigen werde.

Dabei ruft der peinliche Eindruck, den solche Hexenverfolgungen in Amerika und vor allen ausserhalb Amerikas erwecken, ein durchaus falsches Bild von dem hervor, was gegenwärtig in Amerika vorgeht. Die Gegenoffensive gegen den McCarthyismus ist nicht ins Stocken gelangt. Ein Gerichtsurteil hat z.B. das Fragerecht von Kongress-Komitees und die Gefahr, die sich aus ihm für nicht zu Denunziationen aufgelegte Opfer ergeben, wesentlich verringert: es wurde ausdrücklich erklärt, dass Fragen, die mit dem Gegenstand der Kongressuntersuchung nicht in unmittelbarem Zusammenhang stehen, nicht beantwortet werden müssen.

Feigheit als wichtigste Helfer

- - - - -

Aber man würde fehlgehen, wenn man die Seuche für endgültig ausgeiligt hielte. Gerade innerhalb der Eisenhower-Administration hat sich die Furcht vor den diversen McCarthys und die erkonservative Gesinnung, die mit der Tätigkeit des Justizministers Brownell in die Rechtsverwaltung ihren Einzug hielt, so sehr eingenistet, dass es sich als ausserordentlich schwer erwiesen hat, diesen Ungeist auszuschalten. Erst vor wenigen Tagen erklärte das Informationsamt, dass es den Plan einer für Europa bestimmten Ausstellung moderner amerikanischer Maler fallengelassen habe, da es möglich gewesen wäre, dass die Maler als kommunistisch bezeichnet worden wären. Vielleicht wird auch der eine oder andere von ihnen moderne Malerei für eine Äusserung des Kommunismus gehalten haben, obwohl die offiziellen Maler des offiziellen Russland alles eher als modern sind. Aber wie gross wäre das Unglück in der Welt gewesen, wenn man aus den hypermodernen Malereien amerikanischer Maler in Europa den Schluss gezogen hätte, in USA könne jeder malen, wie es ihm oder dem Publikum gefällt...

Oder man nehme die unterbliebene Reise des Symphonieorchesters, das Arturo Toscanini jahrelang in Radiokonzerten dirigierte und das seit dem Rücktritt des Meisters einen schweren künstlerischen und wirtschaftlichen Existenzkampf führt. Vor einem Jahr unternahm das Orchester mit Unterstützung des Ausserministeriums eine internationale Tournee vor allem durch Asien; heute wurde eine bereits angesetzte Reise abgesagt, weil ein paar abgewiesene Musiker einige Orchestermitglieder beschuldigten, sie hätten auf der früheren Reise - 6 -

"subversive" Äusserungen gemacht...

Nein, der McCarthyismus ist noch nichttot und die Feigheit, die er erzeugte, ist heute sein wichtigster Helfer. Gerade in einer Zeit, in der die Konkurrenz des Kalten Krieges sich zum Teil aus einem ausschliesslichen Wettlauf der Rüstungen in ein geistiges und kulturelles Wettrennen verwandelt hat, ist der McCarthyismus eine viel ärgere Gefahr, selbst in seinem gegenwärtigen Rückzugsstadium. Denn heute kann sich Amerika eine Neuinszenierung der Hexenjagd nicht mehr leisten.

* * *

Kritik an der Gleichschaltung des Bundesverfassungsgerichts

Von Dr. Adolf Arndt, MdB.

Der bekannte Hochschullehrer für politische Wissenschaft, Prof. Dr. Theodor Eschenburg in Tübingen, hat die vom Bundestag beschlossene Abänderung des Wahlmodus für die Bundesverfassungsrichter als "äusserst bedenklich" bezeichnet und die Hoffnung ausgesprochen, dass der Bundesrat dieses Gesetz ablehnen wird. Während bisher die Verfassungsrichter von den 12 Wahlmännern des Bundestages oder vom Bundesrat nur mit qualifizierter Mehrheit gewählt werden durften, so dass ein teilsamer und in der Praxis durchaus bewährter Zwang zur Einigung bestand, soll künftig die einfache Mehrheit genügen; nur wird sie in unredlicher Weise dadurch getarnt, dass sich die einfache Mehrheit auf die Vorschläge eines politisch nicht verantwortlichen Beirates stützen kann.

Gelegentlich dieser Stellungnahme, die Eschenburg am Montag in Stuttgart vor der Presse äusserte, hat er auch mit Nachdruck seine Überzeugung kundgetan, dass die rein rechtliche Arbeit des Gerichts sowie der hohe geistige Rang seiner nur dem Recht verpflichteten Mitglieder rückhaltlos Anerkennung verdienen. Hiermit hat Eschenburg einen unqualifizierbaren Angriff der 'Neuen Zürcher Zeitung' zurückgewiesen. Was niemand in Deutschland wagte, hat jenes Schweizer Blatt getan, indem es sich berichten liess, auch die "Qualität" von Richtern des Bundesverfassungsgerichts sei zweifelhaft, so dass man sich künftig von der Änderung des Wahlmodus und der Mitwirkung eines Beirates die angeblich notwendige Verbesserung der "Qualität" unserer Bundesverfassungsrichter verspreche.

Es dürfte ungewöhnlich sein, dass - wie es hier durch die Ent-

gleisung eines Schweizer Blattes geschah - die höchsten Richter eines befreundeten Nachbarvolkes diffamiert werden sollen. Es wäre interessant zu erfahren, von welcher deutschen Obrigkeit die "Neue Zürcher Zeitung", die einst wegen ihrer liberalen und demokratischen Haltung Weltruf genoss, hierzu die Weisung bekam. Denn es ist kein Geheimnis, dass die Versuche, das Bundesverfassungsgericht gleichzuschalten, aus der Ministerialbürokratie des Bundes kommen, insbesondere von Staatssekretär Glocke ausgehen, während sich sogar die CDU/CSU-Fraktion des Bundestages bei diesem schlechten Gesetz keineswegs wohl in ihrer Haut fühlt. Wie sehr dieser Gesetzentwurf demokratischem und rechtsstaatlichem Denken zuwider ist, dafür konnte es keinen besseren Beweis geben, als dass im Rechtsausschuss des Bundesrates kein Landesjustizminister, welcher Partei auch immer er angehören mag, diesem Gesetzentwurf seine Stimme gab.

Theodor Eschenburg hat mit seiner Kritik sich zum Sprecher der Bedenken gemacht, die auch sonst in der deutschen Presse erhoben wurden. Die 'Stuttgarter Nachrichten' vom 26. Juni nennen das Gesetz ein "böses Gesetz", welches die Gefahr mit sich bringt, dass künftig auch

"Willfähige Schranken"

der Partei die roten Roten in Karlsruhe anziehen. Der auch als Jurist bekannte Redakteur der 'Süddeutschen Zeitung', Dr. Ernst Müller-Meyningen jr., nannte in seinem Blatt am 25. Juni diesen Gesetzentwurf einen

"Henkersdienst"

der dem Bundesverfassungsgericht erwiesen werde. Die 'Stuttgarter Zeitung' hob in ihrer Ausgabe von 26. Juni hervor, dass dieser leider von der Bundestags-Mehrheit gebilligte Plan von namhafter Verfassungsrechtlern, selbst solchen, die der CDU angehören oder ihre nahestehen, als

"nicht verfassungsgemäss"

abgelehnt werde, so dass mit Recht die Gefahr einer Politisierung des höchsten deutschen Gerichts zu befürchten stehe.

Man kann darauf hoffen, dass der Bundesrat in dieser Verfassungsfrage von höchstem staatspolitischem Rang mehr Verantwortungsbewusstsein beweisen wird, als die dem Regierungswillen gefügige Mehrheit des Bundestages. Auch ist es ein erfreuliches Zeichen, wie einhellig die öffentliche Meinung den Versuch einer Gleichschaltung des Bundesverfassungsgerichts verurteilt. * * *

Ein vollendetes Leben

von Maria Meyer-Sevenich, M.d.L.

In der Nacht zum Sonntag starb der langjährige Innenminister von Niedersachsen, Richard Borowski. Sein Leben war Treue. Er kam aus dem Arbeiterstande, der Minister, dem der Wiederaufbau der niedersächsischen inneren Verwaltung oblag. Und niemals verleugnete Richard Borowski, woher er kam und wo er verwurzelt war: in der deutschen Arbeiterbewegung. Er fehlte nie, wenn die Partei ihn brauchte. Oft genug ist es der Fall gewesen. Versammlungen, Konferenzen, Arbeitsgemeinschaften, genug für ein arbeitsreiches Leben, waren seine ständige "Lebenbeschäftigung"; neben der verantwortlichen Bürde des Innenministers im grössten Zonen-grenzland der Bundesrepublik. Stets bescheiden. Immer bemüht, jeder Frage, mit der er befasst wurde - und womit hat man ihn nicht alles befasst! - gerecht zu werden.

Wer in den langen Jahren seiner Amtszeit mit denen sprach, die ihm unterstellt waren, begegnete auch hier der Verehrung und Achtung für diesen schlichten Mann des Volkes.

Treu in seiner Bindung an die Partei, in deren Reihen er so viele Jahrzehnte kämpfte, für die er in der Nazizeit bösen Verfolgungen ausgesetzt war, - blieb er unparteilich in seiner Amtsführung; treu allein dem Gesetz und seinem Dienstoid.

Sein jäher, völlig unerwarteter Tod reisst nicht nur einen Politiker aus seinem Wirkungsbereich. Ein menschlich schmerzlicher Verlust hat seine Freunde betroffen. Es ist uns jemand genommen, um den wir von ganzem Herzen trauern; vielleicht am tiefsten, um seiner Geradheit und ehrlichen Schlichtheit willen. Kann es in unserer aus den Fugen geratenen Zeit wohl ein kostbareres Zeugnis vollendeten Lebens geben? Legt nicht dieses unser Bekenntnis, das Richard Borowskis Tod für uns menschlich einen so herben Verlust brachte, ein unvergängliches Zeugnis für ihn ab? Für die echte Grösse dieses Mannes! Der es verstand, in der Hetze unserer geschäftigen Zeit, jedermann als Mensch zu begegnen. -

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau